



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

Sachbearbeiterin:  
Kmsr. Mag. Sigrid STEININGER  
Tel.: 53120-4326

GZ 33.466/272-I/11/91

An die  
Landesschulräte  
(Stadtschulrat für Wien)

An die  
Direktionen der  
Pädagogischen und Berufs-  
pädagogischen Akademien

An die  
Direktionen der  
Zentralallehranstalten

Nationalfeiertag 1991

Aus Anlaß des Nationalfeiertages und der Bedeutung für die Gegenwart sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, stellt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst in der Beilage allen Schulen den Text der von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky am 8. Juli 1991 vor dem Nationalrat gehaltenen Rede zur Verfügung. In dieser Rede wies der Bundeskanzler aus Anlaß des Krieges in Jugoslawien darauf hin, daß man die Probleme von heute nicht verstehen kann ohne die Geschichte zu kennen. Gerade im Hinblick auf ein neues Europa legte der Bundeskanzler namens der österreichischen Regierung das Bekenntnis "zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen" ab.

Zur Behandlung des Themas im Unterricht weist das Bundesministerium für Unterricht und Kunst auch auf die anlässlich des Gedenkjahres 1988 entstandene Broschüre "1938 - 1988. Vom Umgang mit unserer Vergangenheit" (Peter Malina und Gustav Spann) sowie das Buch "Österreicher und der Zweite Weltkrieg" (herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes und dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport) hin. Diese

Publikationen stehen den Schulen kostenlos zur Verfügung. Bestellungen sind schriftlich (mit Schulstempel) an das Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Abteilung für Politische Bildung, z.Hd. Frau Spaniel, Minoritenplatz 5, 1014 Wien, zu richten.

Es wird ersucht, den Erlaß im do. Bereich allen Lehrer/innen sowie Eltern und Schülervertreter/innen bekanntzugeben.

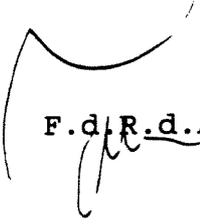
Beilage

Wien, 11. Oktober 1991

Der Bundesminister:

Dr. Scholten

F.d.R.d.A.:



Auszug aus der Erklärung des  
Herrn Bundeskanzlers im Nationalrat

Wien, 8. Juli 1991

Zur Verfügung gestellt vom Bundespressdienst

Es gilt das gesprochene Wort

Hohes Haus!

Ich bin überzeugt davon, daß wir alle gelernt haben und darin übereinstimmen, daß man die Probleme Jugoslawiens aber auch anderer Staaten in diesem Raum, in dem wir leben, nicht verstehen kann, ohne auch die Geschichte dieses Raums zu kennen und sich damit sorgfältig und ehrlich auseinanderzusetzen. Dies gilt selbstverständlich auch für Österreich. Wenn Österreich in all diesen dramatischen und aktuellen Fragen als Gesprächspartner

ernst genommen werden will, wenn wir haben wollen, daß unsere Diskussionsbeiträge zu den Problemen in Mitteleuropa als sachgerecht und mit moralischer Autorität ausgestattet betrachtet werden, dann müssen wir auch in der Bewertung unserer eigenen Geschichte die strengsten Maßstäbe anlegen und dürfen vor einer klaren Sprache nicht zurückschrecken.

Wir erleben heute den Anbruch einer neuen Ära in Europa, eine einzigartige Zäsur zwischen dem, was dieser Kontinent noch gestern war, und was er von nun an werden kann. Damit meine ich nicht nur das Ende der Konfrontation zwischen Ost und West, das Ende der Mauern und Stacheldrahtzäune. Es ist auch das Ende der letzten Diktaturen auf diesem Kontinent, die Überwindung auch des letzten Erbes einer Vergangenheit, in der so viel Unheil über die Völker Europas gebracht worden ist. Europa setzt neue Maßstäbe für sich selbst. Es sind die Maßstäbe der Freiheit und der Menschenrechte und der Demokratie. Maßstäbe für das Benehmen aller Regierungen ihren eigenen Völkern gegenüber und Maßstäbe für das Benehmen der Staaten untereinander. Alle europäischen Nationen haben das ihre dazu beizutragen, um diese neue Ära Wirklichkeit werden zu lassen.

Daher ist es nicht zulässig, daß Zeiten, in denen eine Diktatur soviel Leid über die Menschen gebracht hat, eine Diktatur, zu deren Zielen von Anfang an Verfolgung und Krieg gehörten, daß auch nur irgendein Aspekt dieser Zeit von heutigen Trägern politischer Verantwortung in unserem Land positiv bewertet wird. Gerade wir in Österreich müssen wissen, was es geheißen hat, Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit zu verlieren. Auch und gerade, weil es nicht wenige Österreicher gab, die vom größeren Reich und seinen größeren wirtschaftlichen Möglichkeiten viel erwartet hatten. Doch im Namen dieses Reiches wurden hunderttausende Österreicher eingekerkert, vertrieben oder ermordet und mehr als 250.000 sind im Krieg umgekommen. Das war das Unheil, das die NS-Diktatur über unser Land gebracht hat. Viele haben Widerstand geleistet und dabei ihr Leben für Österreich gegeben. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß es nicht wenige Österreicher gab, die im Namen dieses Regimes großes Leid über andere gebracht haben, die Teil hatten an den Verfolgungen und Verbrechen dieses Reichs. Und gerade, weil wir unsere eigene leidvolle Erfahrung in dieses neue Europa einbringen wollen, gerade weil wir in den letzten Tagen so nachdrücklich daran erinnert werden, was Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit, Freiheit und Menschenrechte für

kleine Völker bedeuten, gerade deshalb müssen wir uns auch zu der anderen Seite unserer Geschichte bekennen: zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben.

Es ist unbestritten, daß Österreich im März 1938 Opfer einer militärischen Aggression mit furchtbaren Konsequenzen geworden war: die unmittelbar einsetzende Verfolgung brachte hunderttausende Menschen unseres Landes in Gefängnisse und Konzentrationslager, lieferte sie der Tötungsmaschinerie des Nazi-Regimes aus, zwang sie zu Flucht und Emigration. Hunderttausende fielen an den Fronten oder wurden von den Bomben erschlagen. Juden, Zigeuner, körperlich oder geistig Behinderte, Homosexuelle, Angehörige von Minderheiten, politisch oder religiös Andersdenkende - sie alle wurden Opfer einer entarteten Ideologie und eines damit verbundenen totalitären Machtanspruchs.

Dennoch haben auch viele Österreicher den Anschluß begrüßt, haben das nationalsozialistische Regime gestützt, haben es auf vielen Ebenen der Hierarchie mitgetragen. Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle.

Über eine moralische Mitverantwortung für Taten unserer Bürger können wir uns auch heute nicht hinwegsetzen. Vieles ist in den vergangenen Jahren geschehen, um, so gut dies möglich war, angerichteten Schaden wieder gut zu machen, angetanes Leid zu mildern. Vieles bleibt nach wie vor zu tun, und die Bundesregierung wird auch weiterhin alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um jenen zu helfen, die von den bisherigen Maßnahmen nicht oder nicht ausreichend erfaßt, oder bisher in ihren moralischen oder materiellen Ansprüchen nicht berücksichtigt wurden.

Wir bekennen uns zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen; und so wie wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen - bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten.

Dieses Bekenntnis haben österreichische Politiker immer wieder abgelegt. Ich möchte das heute ausdrücklich auch im Namen der Bundesregierung tun; als Maßstab für das Verhältnis, das wir heute zu unserer Geschichte haben müssen, also als Maßstab für die politische Kultur in unserem Land; aber auch als unseren Beitrag zur neuen politischen Kultur in Europa.

